• Stellungnahmen der Träger öffentlicher Belange sowie privater Personen nach §§ 3 Abs. 2 und 4 Abs. 2 Baugesetzbuch (BauGB) zur Aufstellung des Bebauungsplans Nr. 11, 5. Änderung der Stadt Wyk auf Föhr im Rahmen der Beteiligung der Träger öffentlicher Belange mit Schreiben vom 15.05.2017 und der Beteiligung der Öffentlichkeit vom 22.05.2017 bis zum 26.06.2017

Stellungnahmen Träger öffentlicher Belange (gemäß § 4 Abs. 2 BauGB)

Einsender	Nr.	Datum, Eingang	Stellungnahme	Antwort
Landesamt für Landwirtschaft, Umwelt und ländliche Räume des Landes S-H, Technischer Umweltschutz – Regionaldezernat Nord Bahnhofstraße 38 24937 Flensburg	4	13.06.2017	Keine Bedenken Gegen die vorgelegte Bauleitplanung bestehen aus Sicht des Immissionsschutzes im Rahmen der dortigen Zuständigkeit keine Bedenken.	Kenntnisnahme
Landesamt für Landwirtschaft, Umwelt und ländliche Räume des Landes S-H, Untere Forstbehörde Postfach 21 41 24911 Flensburg	4	17.05.2017 18.05.2017	Keine Bedenken Die von Seiten der unteren Forstbehörde wahrzunehmenden öffentlichen Belange der Forstwirtschaft werden von der Planung nicht berührt.	Kenntnisnahme
Archäologisches Landesamt Brockdorff-Rantzau-Str. 70 24837 Schleswig	5	16.05.2017 17.05.2017	Keine Bedenken Zurzeit können keine Auswirkungen auf archäologische Kulturdenkmale gem. § 2 (2) DSchG in der Neufassung vom 30.12.2014 durch die Umsetzung der vorliegenden Planung festgestellt werden. Daher haben die Einwneder keine Bedenken und stimmen den vorliegenden Planunterlagen zu. Darüber hinaus verweisen sie auf § 15 DSchG: Wer Kulturdenkmale entdeckt oder findet, hat dies unverzüglich unmittelbar oder über die Gemeinde der oberen Denkmalschutzbehörde mitzuteilen. Die Verpflichtung besteht ferner für die Eigentümer und die	Kenntnisnahme

Einsender	Nr.	Datum,	Stellungnahme	Antwort
		Eingang		
			Besitzerin oder den Besitzer des Grundstücks	
			oder des Gewässers, auf oder in dem der	
			Fundort liegt, und für die Leiterin oder den	
			Leiter der Arbeiten, die zur Entdeckung oder	
			zu dem Fund geführt haben. Die Mitteilung	
			einer oder eines der Verpflichteten befreit die	
			übrigen. Die nach Satz 2 Verpflichteten haben	
			das Kulturdenkmal und die Fundstätte in	
			unverändertem Zustand zu erhalten, soweit es	
			ohne erhebliche Nachteile oder	
			Aufwendungen von Kosten geschehen kann.	
			Diese Verpflichtung erlischt spätestens nach	
			Ablauf von vier Wochen seit der Mitteilung.	
			Archäologische Kulturdenkmale sind nicht nur	
			Funde, sondern auch dingliche Zeugnisse wie	
			Veränderungen und Verfärbungen in der natürlichen Bodenbeschaffenheit.	
			Für Fragen stehen die Einwender gerne zur	
			Verfügung.	
Deutsche Telekom Technik	8	30.05.2017	Keine Bedenken	Kenntnisnahme
GmbH	١	01.06.2017	Die Telekom Deutschland GmbH	Kemitinsnamme
Fackenburger Allee 31		01.00.2017	(nachfolgend Telekom genannt) – als	
23554 Lübeck			Netzeigentümerin und Nutzungsberechtigte	
2000 i Edbeok			i.S. v. § 68 Abs. 1 TKG – hat die Deutsche	
			Telekom Technik GmbH beauftragt und	
			bevollmächtigt, alle Rechte und Pflichten der	
			Wegesicherung wahrzunehmen sowie alle	
			Planverfahren Dritter entgegenzunehmen und	
			dementsprechend die erforderlichen	
			Stellungnahmen abzugeben.	
			Zu der Planung wird wie folgt Stellung	
			genommen: Gegen die Planung bestehen	
			keine Bedenken.	
Gebäudemanagement	9	13.06.2017	Keine Betroffenheit	Kenntnisnahme
Schleswig-Holstein AöR		15.06.2017	Die zugesandten Unterlagen wurden auf	
Postfach 12 69	\bot		Belange des Landes Schleswig-Holstein hin	

Einsender	Nr.	Datum, Eingang	Stellungnahme	Antwort
24011 Kiel			überprüft und es werden hierzu keine Einwände erhoben, da keine Landesliegenschaften betroffen sind.	
Landesbetrieb Küstenschutz, Nationalpark und Meeresschutz Schleswig-Holstein Schlossgarten 1 25832 Tönning	10	26.06.2017	Keine Betroffenheit Die Planung betrifft die Belange des Nationalparks nicht.	Kenntnisnahme
Landwirtschaftskammer Schleswig-Holstein Grüner Kamp 15-17 24768 Rendsburg	12	13.06.2017 15.06.2017	Keine Bedenken Aus agrarstruktureller Sicht bestehen zu der Bauleitplanung keine Bedenken bzw. Änderungswünsche.	Kenntnisnahme
IHK Flensburg Postfach 19 42 24909 Flensburg	13	20.06.2017 23.06.2017	Keine Bedenken Die Unterlagen wurden geprüft. Es gibt keine Bedenken. Sollte es noch Fragen geben, wird angeboten, sich unter den Kontaktdaten der Stellungnahme an den Einwender zu wenden.	
Handwerkskammer Flensburg Johanniskirchhof 1-7 24937 Flensburg	14	24.05.2017	Keine Bedenken Die Pläne wurden eingesehen. Anregungen und Bedenken werden nicht vorgebracht.	Kenntnisnahme
Schleswig-Holstein Netz AG Ostring 5 25899	17	16.06.2017 19.06.2017	Keine Bedenken Die Einwender haben keine Bedenken. Wie die späteren Gebäude und Betriebe an ihr Strom- bzw. Erdgasnetz angeschlossen werden können, hängt davon ab, wie groß der Leistungsbedarf der einzelnen Anschlüsse wird. Es werden eine Email-Adresse und Telefonnumer für weitere Auskünfte genannt.	
Wasserbeschaffungsverband Föhr Am Wasserwerk 1 25938 Wrixum	26	24.05.2017	Keine Bedenken Gegen die Änderung des B-Plans bestehen von Seiten des Wasserbeschaffungsverbands Föhr und des Deich- und Sielverbands Föhr keine Bedenken.	Kenntnisnahme

Einsender	Nr.	Datum,	Stellungnahme	Antwort
		Eingang		
Wyker Dampfschiffs-Reederei Postfach 1540 25933 Wyk auf Föhr	27	29.05.2017	Im Zuge der Bauleitplanungen auf dem Abschnitt Osterstraße (Gelände der Klinik Sonneneck) wird um Prüfung des folgenden Sachverhalts gebeten: Bei Durchführung des ÖPNV ist die gesamte Osterstraße Bestandteil des Liniennetzes. Die Straße ist grundsätzlich sehr eng. Stehen links und rechts am Straßenrand abgestellte Fahrzeuge, kommt es immer häufiger zu Beeinträchtigungen im Verkehrsfluss und damit verbunden zu Verspätungen im Fahrplan. Im Zuge der Planungen "Klinik Sonneneck" möchten die Einwender anregen, grundsätzlich Halteverbotszonen, wenn möglich entlang der gesamten Osterstraße, einzurichten. Sollte es zu Sperrungen der Osterstraße kommen, wird gebeten, die Einwender darüber rechtzeitig (3 Wochen vorher) zu informieren. Ein Umleitungsvorschlag wäre die Aufhebung der Einbahnstraßenregelung im südlichen Bereich der Badestraße und dem östlichen Bereich der Gmelinstraße, nur für den Busverkehr. Die Einwender bedanken sich für die Prüfung.	Die Stellungnahme bezieht sich nicht auf Regelungsinhalte des Bebauungsplans. Die angesprochenen Sachverhalte werden an die zuständige Dienststelle weitergeleitet.
Kreis Nordfriesland Postfach 1140 25801 Husum	30	26.06.2017 28.06.2017	Zusammenfassend für die von ihm zu vertretenden öffentlichen Belange und die beteiligten Abteilungen seines Haues nimmt der Einwender zu dem Entwurf wie folgt Stellung: Von Seiten des Fachdienstes Bauen und Planen wird hinsichtlich der genannten Planung folgende Stellungnahme abgegeben: Die textlichen Festsetzungen Nr. 2 und 3	Der Stellungnahme wird gefolgt, die textlichen Festsetzungen Nr. 2 und Nr. 3 entfallen zukünftig.

Einsender	Nr.	Datum, Eingang	Stellungnahme	Antwort
			ergeben sich bereits aus den Festsetzungen in der Planzeichnung und sind somit doppelt vorhanden und an dieser Stelle überflüssig.	
Kreis Nordfriesland Postfach 1140 25801 Husum	30	26.06.2017 28.06.2017	Der Einwender verweist auf § 12 (3a) Satz 1 BauGB: "Wird in einem vorhabenbezogenen Bebauungsplan für den Bereich des Vorhaben- und Erschließungsplans durch Festsetzungen eines Baugebiets auf Grundlage der Baunutzungsverordnung oder auf sonstige Weise eine bauliche oder sonstige Nutzung allgemein festgesetzt, ist unter entsprechender Anwendung des § 9 (2) BauGB festzusetzen, dass im Rahmen der festgesetzten Nutzungen nur solche Vorhaben zulässig sind, zu deren Durchführung sich der Vorhabenträger im Durchführungsvertrag verpflichtet." Die entsprechende Festsetzung ist zu ergänzen.	Der Stellungnahme wird nicht gefolgt. Die Festsetzung eines sonstigen Sondergebiets beinhaltet keine pauschalen Zulässigkeiten. Der Katalog der hier in den Sondergebieten 1 und 2 zulässigen Nutzungen sind konkret in der textlichen Fesstzung Nr.1 getroffen worden. Die Beschreibung des Vorhabens im Durchführungsvertrag ist der Allgemeinheit nicht zugänglich. Aus diesem Grund wurde im vorliegenden Fall diese Festsetzung nicht getroffen.
Kreis Nordfriesland Postfach 1140 25801 Husum	30	26.06.2017 28.06.2017	Die Zahl der Wohnungen in SO2 sollte auf ein erforderliches und angemessenes Maß begrenzt werden, da bei einer überwiegenden oder ausschließlichen Wohnnutzung nicht mehr von einem Sondergebiet "Klinik" ausgegangen werden kann.	Der Stellungnahme wird gefolgt. Die Anzahl der für das Personal vorgesehenen Wohnungen im SO2 wird auf vier begrenzt. Dies wird als textliche Festsetzung aufgenommen. Diesbezüglich ist eine eingeschränkte Beteiligung der Betroffenen durchzuführen.
Kreis Nordfriesland Postfach 1140 25801 Husum	30	26.06.2017 28.06.2017	Wie schon in seiner letzten Stellungnahme aufgeführt, ist die Festsetzung eines Staffelgeschosses ("S") nicht erforderlich und auch nicht zielführend, da Staffelgeschosse keine Vollgeschosse und damit i.d.R. immer zulässig sind. Solche zusätzlichen, über die planungsrechtlichen	Der Stellungnahme wird nicht gefolgt. Die Festsetzung eines Staffelgeschosses wird für den Neubau im zweiten Bauabschnitt beibehalten, da es sich um eine konkrete vorhabenbezogene Planung handelt. Die planungsrechtlichen Festsetzungen folgen dabei der hochbaulichen Vorhaben- und Projektplanung, die gemäß

Einsender	Nr.	Datum, Eingang	Stellungnahme	Antwort
			Festsetzungsmöglichkeiten hinausgehenden Regelungen können aber ggf. in den Vorhaben- und Erschließungsplan oder den Durchführungsvertrag aufgenommen werden.	Durchführungsvertrag wie vereinbart in die Realisierung gehen muss. Für das Bestandsgebäude wird ebenfalls die Festsetzung des Staffelgeschosses beibehalten, also III Vollgeschosse + Staffel festgesetzt. Dies dient der eindeutigen planungsrechtlichen Festsetzung dessen was dort im Vorhaben- und Erschließungsplan als Baukörper zwischen dem Vorhabengträger und der Stadt abgestimmt wurde, insbesondere auch vor dem Hintergrund der daraus folgenden hohen Grundstücksausnutzung.
Kreis Nordfriesland Postfach 1140 25801 Husum	30	26.06.2017 28.06.2017	Von den anderen beteiligten Abteilungen des Hauses wurden keine Anregungen gemacht. Eine Kopie der Stellungnahme wird an das Innenministerium in Kiel zur Kenntnis gesandt.	Kenntnisnahme
Bundesamt für Infrastruktur, Umweltschutz und Dienstleistungen der Bundeswehr Fonainengraben 200 53123 Bonn	32	18.05.2017	Keine Betroffenheit Belange der Bundeswehr werden nicht berührt. Eine weitere Beteiligung des Bundesamts für Infrastruktur, Umweltschutz und Dienstleistung ist nicht weiter notwendig!	Kenntnisnahme

Stellungnahmen Frühzeitige Beteiligung der Öffentlichkeit (gemäß § 3 Abs. 2 BauGB)

Einsender	Nr.	Datum,	Stellungnahme	Antwort
Bürgerstellungnahme 1 25938 Wyk auf Föhr		19.06.2017	Es wird um Berücksichtigung folgender Anregungen und Bedenken gebeten zur vorhabenbezogenen 5. Änderung des Bebauungsplans Nr. 11 Zum Text Teil B – zu Nr. 1 Die Art der baulichen Nutzung lässt unter anderem "Restaurant/Café" zu. Hier ist eine Nutzungsänderung von WA zu SO "Unternehmen im Gesundheitswesen" geplant, welche dem eigentlichen Vorhaben, also der Klinikerweiterung, entspricht. In der Zulassung einer Restauration sollte daher die Einschränkung "nicht öffentlich" hinzugefügt werden, auch wenn darüber steht, dass Einrichtungen zulässig sind, die für Kliniknutzung erforderlich sind. Eine öffentliche Restauration entspricht nicht dem Kriterium "Unternehmen im Gesundheitswesen". Des weiteren würde eine öffentliche Nutzung der Gastronomie weitere Parkplätze erfordern, die auch nachgewiesen werden müssten.	Der Stellungnahme wird nicht gefolgt. Das im Klinikgebäude vorgesehene Restaurant/Café dient den Patienten und deren Angehörigen. Es soll dort ein Ort der Begegnung und des Austausches sein. Ein allgemein für die Öffentlichkeit zugänglicher Begegnungsraum ist nicht vorgesehen. Die erforderlichen Stellplätze sind in der festgesetzten Anzahl der Stellplätze berücksichtigt.
Bürgerstellungnahme 1 25938 Wyk auf Föhr		19.06.2017	Planzeichnung SO2, Textteil für SO1: Parkplätze Die Parkplätze sind aufgrund von Berechnungen der Klinikbetreiber deutlich reduziert im Vergleich zu den eigentlichen Anforderungen im Verhältnis zu Bettenzahl. Der Einwender möchte darauf hinweisen, dass derartige Berechnungen durch Antragsteller/ private Betreiber nicht dem tatsächlichen Bedarf entsprechen müssen. Sollten derartige Berechnungen als Grundlage dienen für B-Plan-Änderungen, wird diese	Der Stellungnahme wird nicht gefolgt. Es ist eine nachvollziehbare Tatsache, dass viele Patienten mit Bahn und Fähre kommen, wie sich auch täglich durch den angebotenen Shuttle-Service am Fähranleger beobachten lässt. Insofern ist diese Argumentation nicht auf andere Unternehmen oder Dienstleister übertragbar.

Einsender	Nr.	Datum, Eingang	Stellungnahme	Antwort
			Vorgehensweise vermutlich gerne auch von Eigentümern von Ferienwohnungen und sonstigen Beherbergungsbetrieben, Gastronomien, Einzelhandelsbetrieben etc. übernommen.	
Bürgerstellungnahme 1 25938 Wyk auf Föhr		19.06.2017	Zur Planzeichnung Teil A/C 1. Die GRZ beträgt 0,6 Die Erhöhung der GRZ von 0,3 auf 0,6 entspricht einer Erhöhung der bebaubaren Fläche um 100%. Argumentiert wird hier mit der Klinik als wichtigem Standortfaktor. Jeder Bürger, der einen Betrieb auf der Insel führt, der als Standortfaktor angesehen werden kann, z.B. auch solche, die auf privat- und kassenärztlicher Basis Kuranwendungen aller Art anbieten, können folglich mit einer Erhöhung der GRZ um 100% rechnen, sollte dies für ihr wirtschaftliches Fortbestehen nötig sein. Ist dies gewünscht? Diese Klinik schafft Arbeitsplätze, ist jedoch darüber hinaus als Klinik im eigentlichen Sinne kein Standortfaktor, da weder Urlauber noch Einheimische diese nutzen. Kur-Praxen sind ein wichtiger Standortfaktor für die vielen Badegäste, die nach wie vor einen Großteil der Feriengäste ausmachen.	Der Stellungnahme wird nicht gefolgt. Die planerische Entscheidung basiert auf einer Einzelfallbetrachtung, die nicht pauschal auf alle Unternehmen vergleichbarer Art übertragen werden kann. Die angesprochene städtebauliche Verdichtung an diesem Ort wird durch eine Reihe entsprechender Abwägungsentscheidungen in der Begründung hergeleitet und ist deshalb eine Einzelfallbetrachtung, die der besonderen städtebauliche Zielsetzung für diesen vorhabenbezogenen Bebauungsplan in der Abwägung der unterschiedlichen Belange ein besonderes Gewicht beimisst. Diese Herleitung hat zur Folge, dass vorhabenbezogen eine sehr differenzierte Gestaltung und räumliche Abfolge der zukünftigen Gesamtanlage festgesetzt worden ist, um die stadträumliche Einbindung und gestalterische Verträglichkeit im vorhandenen Ortbild zu gewährleisten. Es wird planungsrechtlich keine Abweichungsmöglichkeit von den konkret getroffenen Festsetzungen eröffnet. Mit dem neu geschaffenen Planrecht geht die im Durchführungsvertrag vereinbarte Verpflichtung einher das Vorhaben in einem bestimmten Zeitraum zu realisieren. Die Klinik Sonneneck GmbH spielt auch in der medizinischen Versorgung der Wohnbevölkerung auf Föhr eine Rolle, die im Rahmen der Abwägung Berücksichtigung gefunden hat.
Bürgerstellungnahme 1		19.06.2017	2. Beide Bauabschnitte zeigen It. Plan die	Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

Einsender	Nr.	Datum,	Stellungnahme	Antwort
		Eingang		
25938 Wyk auf Föhr			Möglichkeit von Geschosszahl 2 + Staffelgeschoss. Ein Staffelgeschoss wiederum enthält die Möglichkeit eines Satteldachs. Ist dies so gewollt, dass das Gebäude zwei Vollgeschosse, ein Staffelgeschoss (Teil A) und ein ausbaufähiges Dachgeschoss (Teil C)	Die im vorhabenbezogenen Bebauungsplan getroffenen Festsetzungen übertragen die mit der Stadt abgestimmte hochbauliche Planung des Vorhabens in das Bauplanungsrecht. Es sind keine weiteren Staffel- oder Dachgeschosse vorgesehe. Zulässig ist die festgesetzte Zahl der
			enthält, also 4 Etagen übereinander, auch	Vollgeschosse mit jeweils einem ausgebautem
Bürgerstellungnahme 2 25938 Wyk auf Föhr		14.06.2017	Es wird um Berücksichtigung folgender Anregungen und Bedenken gebeten zur vorhabenbezogenen Änderung des Bebauungsplans Nr. 11 Zum Text Teil B – zu Nr. 1 Die Art der baulichen Nutzung lässt unter anderem "Restaurant/Café" zu. Hier ist eine Nutzungsänderung von WA zu SO "Unternehmen im Gesundheitswesen" geplant, welche dem eigentlichen Vorhaben, also der Klinikerweiterung, entspricht. In der Zulassung einer Restauration sollte daher die Einschränkung "nicht öffentlich" hinzugefügt werden, auch wenn darüber steht, dass Einrichtungen zulässig sind, die für Kliniknutzung erforderlich sind. Eine öffentliche Restauration entspricht nicht dem Kriterium "Unternehmen im Gesundheitswesen". Des weiteren würde eine öffentliche Nutzung der Gastronomie weitere Parkplätze erfordern, die auch nachgewiesen werden müssten.	Da diese Stellungnahme wortgleich der vorherigen ist vergleiche die Antwort mit der oben stehenden.
Bürgerstellungnahme 2 25938 Wyk auf Föhr		14.06.2017	Planzeichnung SO2, Textteil für SO1: Parkplätze Die Parkplätze sind aufgrund von Berechnungen der Klinikbetreiber deutlich reduziert im Vergleich zu den eigentlichen	

Einsender	Nr.	Datum,	Stellungnahme	Antwort
		Eingang		
			Anforderungen im Verhältnis zur Bettenzahl.	
			Der Einwender möchte darauf hinweisen,	
			dass derartige Berechnungen durch	
			Antragsteller/ private Betreiber nicht dem	
			tatsächlichen Bedarf entsprechen müssen.	
			Sollten derartige Berechnungen als Grundlage	
			dienen für B-Plan-Änderungen, wird diese	
			Vorgehensweise vermutlich gerne auch von	
			Eigentümern von Ferienwohnungen und	
			sonstigen Beherbergungsbetrieben,	
			Gastronomien, Einzelhandelsbetrieben etc.	
			übernommen.	
Bürgerstellungnahme 2		14.06.2017	Zur Planzeichnung Teil A/C	
25938 Wyk auf Föhr			1. Die GRZ beträgt 0,6	
			Die Erhöhung der GRZ von 0,3 auf 0,6	
			entspricht einer Erhöhung der bebaubaren	
			Fläche um 100%. Argumentiert wird hier mit	
			der Klinik als wichtigem Standortfaktor. Jeder	
			Bürger, der einen Betrieb auf der Insel führt,	
			der als Standortfaktor angesehen werden	
			kann, z.B. auch solche, die auf privat- und	
			kassenärztlicher Basis Kuranwendungen aller	
			Art anbieten, können folglich mit einer	
			Erhöhung der GRZ um 100% rechnen, sollte	
			dies für ihr wirtschaftliches Fortbestehen nötig	
			sein. Ist dies gewünscht? Diese Klinik schafft	
			Arbeitsplätze, ist jedoch darüber hinaus als	
			Klinik im eigentlichen Sinne kein	
			Standortfaktor, da weder Urlauber noch	
			Einheimische diese nutzen. Kur-Praxen sind	
			ein wichtiger Standortfaktor für die vielen	
			Badegäste, die nach wie vor einen Großteil	
			der Feriengäste ausmachen.	
Bürgerstellungnahme 2		14.06.2017	2. Beide Bauabschnitte zeigen It. Plan die	
25938 Wyk auf Föhr			Möglichkeit von Geschosszahl 2 +	
			Staffelgeschoss. Ein Staffelgeschoss	

Einsender	Nr.	Datum,	Stellungnahme	Antwort
		Eingang		
			wiederum enthält die Möglichkeit eines	
			Satteldachs.	
			Ist dies so gewollt, dass das Gebäude zwei	
			Vollgeschosse, ein Staffelgeschoss (Teil A)	
			und ein ausbaufähiges Dachgeschoss (Teil C)	
			enthält, also 4 Etagen übereinander, auch	
			wenn diese nicht als Vollgeschosse zählen?	